Stadtvertretung

der Landeshauptstadt

Schwerin Datum: 2010-09-20

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/

Ortsbeiräte

Bearbeiter: CDU/FDP-Fraktion, SPD-

Fraktion, Fraktion Unabhängige Bürger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Telefon:

Antrag Drucksache Nr.

öffentlich

00584/2010

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Entscheidungen und Voraussetzungen zum Hallenschwimmen in Schwerin

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:

- Die Stadtvertretung missbilligt das Verhalten der Oberbürgermeisterin bei der Erstellung der Beschlussvorlage 00495/2010 und kritisiert insbesondere das durch die Oberbürgermeisterin zu verantwortende Fehlen des vom Bauministerium geforderten politischen Spitzenkonsenses.
- 2. Die für eine Entscheidung der Stadtvertretung erforderlichen Tatsachen sind dieser noch nicht bekannt. Daher werden der Oberbürgermeisterin folgende Aufträge erteilt:
 - a) Erforderlich ist eine Bedarfsermittlung, die zunächst das Schulschwimmen für die Schweriner Grundschüler und das Sportgymnasium abdeckt (Pflichtaufgabe). Davon jeweils getrennt sind die Erfordernisse für Bevölkerungs- und Vereinsschwimmen sowie Saunabereich darzustellen (Wunschbedarf).
 - b) Bei der ergebnisoffenen Erstellung der Varianten einschließlich des Standortes Lambrechtsgrund ist zwingend ein lediglich auf die Erfüllung der Pflichtaufgabe beschränktes Modell darzustellen.
 - c) Die Baukostenermittlung hat sämtliche Kosten, einschließlich Beräumungskosten für den Abriss beider Schwimmhallen, darzustellen. Im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsberechung sind auch mittelbare Kosten z.B. für höhere Ausgaben beim Schülertransport zu kalkulieren.

Beschlussvorschlag

- d) Bei der ergebnisoffenen Prüfung der Finanzierung sollen Umschichtungen von Fördermitteln aus anderen Projekten in Schwerin weitestgehend ausgeschlossen werden. Sowohl Bau als auch Betrieb sind auch im Rahmen eines PPP-Projektes darzustellen.
- Bei einer über die Erfüllung der Pflichtaufgabe hinausgehenden Konzeption e) durch Nutzung der Umlandlandkreise für das Schulschwimmen ist zwingend eine proportionale Beteiligung der Umlandlandkreise an den Bau- und Betriebskosten notwendig.
- 3. Die Stadtvertretung bedauert, dass das Bürgerbegehren zum Erhalt beider Schwimmhallen von 2008 bislang nicht umgesetzt werden konnte. Für den Fall, dass die Sanierung beider Hallen wegen der hohen Sanierungs- und dauerhaften Betriebskosten nicht möglich ist, wird die Oberbürgermeisterin aufgefordert, Nutzergruppen, die künftig nicht mehr berücksichtigt werden können, gegenüber dem Eigentümer der Schwimmhalle in Stern Buchholz vermittelnd zu unterstützen.
- 4. Die Oberbürgermeisterin hat die unterschiedlichen Varianten entscheidungsfähig und mit vollständigen Unterlagen versehen der Stadtvertretung spätestens zum 25.10.2010 zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung		
<u>über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr</u>		
Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:		
<u>Deckungsvorschlag</u>		
Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle:		
Anlagen:		
keine		
gez. Sebastian Ehlers Fraktionsvorsitzender	gez. Daniel Meslien Fraktionsvorsitzender	
gez. Manfred Strauß Fraktionsvorsitzender		